

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilt täglich mit Ausnahme der Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Depostiererei bei Geschäftszeiten monatlich 20, durch unsere Kurierer getragen in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen vierteljährlich 20, mit Zustellungsgeld. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Kurierer und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Empfänger seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abnahme des Bezugspreises.



Inserentenpreis 20. Für die 6 spaltenige Hauptzeile oder deren Raum, 10 Zeilen, die 2 spaltenige Hauptzeile 30. Die Mittelzeile und Seitenzeile entsprechend Dreifachpreis. Bestimmungen im amtlichen Teil (nur von Zeitungen) die 2 spaltenige Hauptzeile 20. Nachmittags-Beleg 10 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Nichtzahlung der durch Fernruf übermittelten Rechnungen wird keine Garantie. Jeder Abbestellungsfall wird, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Ersteht seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Fickante in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inserenten: Arthur Fickante, beide in Wilsdruff.

Nr. 222

Freitag den 22. September 1922.

81. Jahrgang

## Ämtlicher Teil.

**Sonnabend den 23. d. M.** nachmittags 5 Uhr soll der vor der Schule anstehende **Flachs** meistbietend versteigert werden. Zuschlag wird vorbehalten.

Wilsdruff, am 21. September 1922.

Der Stadtrat.

**1 gebr. Rückenherd 85x160, 1 gebr. Rückenherd 95x220 und 2 Emaille-Wasserpflanzen** für je 70 Liter Inhalt stehen in der neuen Schule zum Verkauf. Beschäftigung daselbst beim Hausmeister. Angebote an Stadtrat Behner erbeten.

Wilsdruff, am 21. September 1922.

Der Stadtrat.

Die Landwirte werden darauf hingewiesen, daß zur Beschäftigung **ausländischer Landarbeiter** die Genehmigung des Arbeitsministeriums **jedes Jahr erneut** erforderlich ist. Die Genehmigung für die diesjährige Beschäftigungsfrist läuft am 15. Dezember d. J. ab. Die Genehmigungsanträge sind **bis zum 10. Oktober d. J.** beim unterzeichneten Stadtrat einzureichen. Wegen Säumige wird auf dem Wege der Bestrafung vorgegangen.

Wilsdruff, am 20. September 1922

4585

Der Stadtrat.

**Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben.**

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Das belgisch-deutsche Abkommen über die Stundung der Reparationszahlungen an Belgien ist auch in Brüssel als perfekt erklärt worden.

\* Zuverlässigem Vernehmen nach ist an zuständiger Stelle von einem Beschluß, der die Herabsetzung der deutschen Zwangsablieferungen vorsieht, nichts bekannt.

\* Die deutschen Stützstellen haben den Städten mitgeteilt, daß sie nicht mehr in der Lage sind, den Kreditanträgen der Gemeinden in dem gewünschten Maße zu entsprechen.

\* Am 22. September findet in Köln eine Zusammenkunft zwischen deutschen und französischen Gewerkschaftsvertretern zur Besprechung praktischer Wiederbaumaßnahmen statt.

\* In Genf beantragte der englische Vertreter Lord Robert Cecil, die Reparationsfrage und die geschäftlichen Schulden vor dem Völkerbund zu behandeln, da bei Nichtlösung dieser Fragen ganz Europa der Ruin drohe. Der französische Vertreter stimmte dem Antrag zu.

\* Mustafa Kemal Pascha ersuchte die alliierten Behörden in Konstantinopel, zu gestatten, daß seine Truppen Thrazien besetzen.

## Keht Frankreich um?

Über die aufsehenerregenden Erklärungen des englischen Lords Robert Cecil im Völkerbund zu den Abrüstungsplänen und der internationalen Schuldenregelung, denen der französische Vertreter zuhimmelte, wird uns von besonderer Seite geschrieben:

Frankreich hat jetzt offiziell in der Reparationsfrage seinen Standpunkt grundsätzlich geändert. Aus vielen Anlässen, Besprechungen der Wirtschaftsführer und Politiker ist es in Genf zu einem sensationellen Vorschlag des britischen Vertreters Lord Cecil gekommen, dem sich der französische Senator de Jouvenel im Namen Poincarés anschloß. Der Völkerbund wird über die Reparationsfrage beraten. Was Poincaré vor einigen Wochen ablehnte, ist jetzt Tatsache geworden.

Es ist notwendig und nützlich, die Vorgeschichte dieser Wendung, die nur Politiker überrascht, aber nicht die in mühevoller und geduldigster Arbeit seit langem zu dieser Stunde hinführenden Volkswirte Europas, zu umreißen. Am 28. August und 1. September veröffentlichte die deutsche, feindliche Neue Zürcher Zeitung zwei Pariser Aufsätze, die ins Schwärze trafen. Das Kabinett Briand hatte versucht, die Regierung und die Reparationspolitik des Kabinetts Wirth zu fügen. Es galt in Deutschland für friedfertiger denn die Regierung Poincarés. Aber Briand ist nach Frankfurt und nach Düsseldorf unter Bruch des Friedensvertrages gegangen, da die Regierung Wirth nur politisch stark, aber wirtschaftlich in der Reparationsfrage ebenso ohnmächtig war wie der rein politisch orientierte Poincaré. Poincaré ist der Gegner des Kabinetts Wirth. Er hat erklärt, er verhandle lieber mit deutschen Rechtspolitikern. Seine politischen Reden waren darauf berechnet, dem Kabinett Wirth politische Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Seine Reparationspolitik — man darf niemals vergessen, daß der Privatmann Poincaré Ausschleusvorfallender der größten französischen Industrieunternehmen ist und seit Jahrzehnten ihr Abokat — war dagegen Realpolitik. In Besprechungen seiner Beauftragten mit deutschen Wirtschaftsführern, die sich nicht zu diesen Besprechungen gedrängt hatten, hat er die oft genug charakterisierte Auffassung einer wirtschaftspolitischen deutsch-französischen Verständigung vertreten lassen. Das Abkommen des Marquis de Lubersac mit Stinnes lag in dieser Richtung. Weitere Abkommen sind diesem gefolgt. Es kann jetzt gesagt werden, daß in den ersten Septembertagen in Berlin Besprechungen ihren Abschluß fanden, an denen die Wirthregierung nicht beteiligt war, die aber im Namen Poincarés stattfanden und in denen die deutschen Wirtschaftsführer nachdrücklich auf den Widerspruch der Rhein- und Saarpolitik Frankreichs zu den französischen wirtschaftspolitischen Anerbietungen hinwiesen. Die deutschen nationalen Interessen sind in diesen Verhandlungen durchaus gewahrt worden und in politischer Beziehung wurden von Frankreich weitgehende Zusicherungen gemacht, die nach deutscher Auffassung die Voraussetzung für eine wirtschaftspolitische Verständigung mit Frankreich bilden und bilden werden.

Was in Genf am Dienstag geschah, ist die Wirthregierung dieser Verhandlungen und Schlußwort. Lord Cecil hat

offiziell in der dritten Kommission des Völkerbundes die rein akademischen Erörterungen über die militärischen Abrüstungen verknüpft mit der Reparationsfrage und der Verschuldung der Weltmächte gegeneinander. Er hat den Austausch der Produktion, der durch den Weltkrieg und durch den Versailler Vertrag unterbrochen wurde, als Grundlage der Genesung der Welt bezeichnet und darauf offiziell und im Auftrag der englischen Regierung die Reparations- und Verschuldungsfrage vor ein internationales Forum zur Erörterung gebracht. Der französische Bevollmächtigte hat dem zugestimmt. Zum ersten Male spricht Frankreich unter Abänderung seiner bisherigen Prestigepolitik von seiner Sehnsucht nach einer „materiellen und moralischen Abrüstung“ unter Herbeiführung eines „geistigen und wirtschaftlichen Friedens“. Daß die moralische Abrüstung und die materielle zugleich bei denen anfangen muß, die seit dem Kriege darin weitergerückt haben — und das sind die Franzosen —, ist klar. Denn die Entente hat den Krieg gewonnen, aber die Welt hat darüber die wirtschaftliche Gesundheit und den Wirtschaftsfrieden verloren.

Naturgemäß geht die Entwicklung nur langsam vorwärts und die Reparationsfrage sowie die der Ententeverschuldung ist nicht von heute auf morgen zu lösen, und der Völkerbund wird dabei vielfach auf Granit stoßen. Aber wie in der Natur sich über unfruchtbares Urgestein allmählich eine fruchtbringende Humusschicht lagert, so kann sich über den Versailler Vertrag nach und nach organisch der Fruchtboden der Verständigung erstrecken und ihn überdecken. Der Wille der Welt zum wahren Frieden ist übermächtig. Es ist notwendig, daß die Politiker sich als seine Vollzugsorgane betrachten und demgemäß handeln.

### Aus Lord Cecils Rede.

In der Sitzung des Abrüstungsausschusses des Völkerbundes wurde plötzlich unter größter Aufmerksamkeit aller Teilnehmer die Reparationsfrage angeschnitten. Lord Robert Cecil verlas einen ausführlichen Antrag, in dem es u. a. hieß:

Zweifellos sind die Regierungen zahlreicher Länder besorgt wegen der unmittelbar zu befürchtenden großen Katastrophe, deren Folgen unberechenbar sein können. Das ist heute der Fall mit Österreich, wie jeder weiß, das wird vielleicht in einigen Monaten schon der Fall mit Deutschland sein, und wenn Österreich und Deutschland wirtschaftlich zusammenbrechen, so werden die Folgen für ihre Nachbarn, für Europa, sogar für die ganze Welt äußerst ernst, vielleicht verhängnisvoll sein.

Aber außer diesen schwierigen Anzeichen ist die allgemeine wirtschaftliche Lage derart, daß die Welt gegenwärtig in einem Zustand des Argwohns und der Unruhe sich befindet, der nicht mit einem wirklichen Frieden vereinbar ist. Ohne den Frieden, ohne die moralische Abrüstung ist aber jeder Nährungsbeschränkungsplan vergeblich. Die zwischenstaatlichen Schulden, ob sie nun in Form von Reparationsverpflichtungen, von Hilfskrediten für Schulden auftreten, sie bilden in ihrer Gesamtheit ein Problem, dessen Lösung wesentlich ist, bevor das wirtschaftliche Heben Europas wieder aufgerichtet werden kann. Solange zu diesem Zweck nicht die nötigen Maßnahmen ergriffen worden sind, kann man nicht hoffen, den Sturz der Devisen aufzuhalten oder den internationalen Handel wiederherzustellen. Für die Frage der Abrüstung ist es also wesentlich, daß man ohne Zeitverlust eine Lösung für alle durch die zwischenstaatlichen Schulden aufgeworfenen Fragen findet. Wenn man die Reparationszahlungen will, können sie nur mittels einer internationalen Anleihe aufgebracht werden. Die Minuten sind gezählt, wenn man Europa vor dem Zusammenbruch retten will. Sofortiges Handeln ist notwendig.

### Die französische Zustimmung.

Unter größter Spannung aller Delegierten erklärte der französische Vertreter de Jouvenel, daß Frankreich mit einer Ansprache über diesen Punkt einverstanden sei, und daß die französische Delegation bereits bestimmte Vorschläge zu Lord Cecils Anregungen ausgearbeitet habe.

Weniger als irgendein anderes Volk habe das französische Volk, in diesem Falle eine vermeintliche Antwort zu geben. Der militärische Frieden könne nur die Folge der moralischen Abrüstung sein; die Folge des intellektuellen Friedens. Wenn wir zu einer Sicherung des Friedens gelangen wollen, müssen die Folgen des letzten Krieges beseitigt werden.

## „Deutschland kann nicht untergehen.“

Der Gewaltvertrag von Versailles.

Leipzig, 20. September.

Der berühmte schwedische Forschungsreisende Sven Hedin wollte im letzten Westen hier noch einen aus dem

Sitzung der „Deutsch-Schwedischen Vereinigung“ teil. Die Vereinigung ernannte Sven Hedin zum Ehrenmitglied in Anerkennung der großen Verdienste um die kulturellen Beziehungen zwischen Schweden und Deutschland. Sven Hedin dankte für diese Ehrung und sagte u. a.: Niemand wisse, wer Sieger in dem großen Weltkrieg sei; denn der Krieg sei noch nicht zu Ende. Frieden könne man den jetzigen Zustand nicht nennen. Der Versailler Vertrag sei eine unwürdige Gewalttat gegen ein Volk, dem nur durch Wortbruch die Waffen abgenommen worden seien. Durch den größten Wortbruch der Welt sei Deutschland betrogen worden. Was die Zukunft bringen werde, sei unklar. Aber sicher sei, daß kein Herrscher die Schicksale der Völker bestimmen werde, sondern der, der über den Wolken thronet. Dann werde es Überraschungen geben, die getonen werden, daß das deutsche Volk eine Mission zu erfüllen habe, die es zu neuer Größe führen werde. Ein deutsches Volk könne nicht untergehen. Gewiß ständen ihm noch schwere Zeiten bevor. „Aber ich hoffe“, so schloß Sven Hedin, „daß Deutschland auch noch die kommenden harten Tage bestehen wird.“

## Das deutsch-belgische Abkommen.

Befriedigung in Belgien.

Wie in Berlin von zuständiger Stelle verlautet, wird nicht erwartet, daß die belgische Regierung an die Reichsregierung eine Antwortnote richten wird, da die Verhandlungen zwischen Belgien und Deutschland infolge der Verhandlungen, die Präsident Havensstein mit den englischen Banken führte, sowie durch die Zustimmung des belgischen Vertreters erledigt seien.

Der belgische Ministerpräsident Jaspar erklärte dem deutschen Gesandten in Brüssel alsbald nach der Bekanntgabe der deutschen Antwort, die belgische Regierung stehe auf dem Standpunkt, die Krise sei nunmehr gelöst. Somit ist das sechsmonatige Moratorium für die seit dem 15. August fälligen und nicht geleisteten Reparationsraten von insgesamt 270 Millionen Goldmark bewilligt.

Die belgische Regierung wird nach Eingang der ersten Schahwechsel eine entsprechende Mitteilung der Reparationskommission zukommen lassen. Infolge des Abkommens der Reichsbank mit der Bank von England, die statt Belgien die achtzehnmonatige Proлонgation der Wechsel auf sich genommen zu haben scheint, wird die deutsche Regierung in den nächsten Monaten keine Devisen mehr zu erwerben haben. Im Devisenhandel selbst scheint sich das Mißtrauen noch nicht ganz verflüchtigt zu haben, da am Mittwoch der Dollarkurs wieder in Berlin noch in Antwort erheblich sank. Aus Brüssel wird gemeldet, daß die Nachricht, daß die deutsche Regierung den belgischen Vorschlag über die Abtragung der Schuld angenommen hat, in Brüssel sowohl in politischen wie auch in finanziellen Kreisen mit großer Genugtuung aufgenommen worden ist. Diesem Empfinden gab auch der belgische Minister Theunis lebhaften Ausdruck.

### Reichsbank und Bank von England.

In englischen Bankkreisen wurden Einzelheiten über die geheimgehaltenen Abmachungen zwischen der Bank von England und dem deutschen Reichsbankpräsidenten Havensstein berichtet, nach denen das Reich sich gegenüber der Reichsbank verpflichtet hat, dieser während 18 Monaten (vom 15. August 1922 bis 15. Februar 1924) monatlich 15 Millionen Goldmark zur Abdeckung der Reparationsschuld zur Verfügung zu stellen. Die Einlösung der an Belgien zu gebenden beiden Schahwechsel kann die Reichsbank auf Grund der von der Bank von England garantierten oder geleisteten 100 Millionen Goldmark vornehmen, für die neben der Unterschrift der Reichsbank das englische Depot der Reichsbank von 50 Millionen Goldmark als Sicherheit gilt. Die weiteren Raten von 50, 60 und 60 Millionen Goldmark kann die Reichsbank bis 15. Juli 1923 auf Grund der bis dahin durch Zahlungen des Reichs aufgesammelten 11 Monatsraten von je 15 Millionen Goldmark bis auf einen Rest von 5 Millionen Goldmark einlösen. Alle weiteren vom Reich an die Reichsbank erfolgenden Gelddahlungen der nächsten acht Monate dienen dann der Reichsbank dazu, der Bank von England die geschuldeten 100 Millionen Goldmark wieder zurückzubezahlen.

## Kemal Pascha verlangt Thrazien.

Die Russen im Bunde mit den Türken.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der türkische Oberbefehlshaber Kemal die alliierten Behörden er-